



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament

Barbara LOCHBIHLER

Mitglied des Europäischen Parlaments

Vorsitzende des Unterausschusses für
Menschenrechte

Büro Brüssel

Europaparlament
ASP 08H160
Rue Wiertz 60
B-1047 Brüssel
TEL: +32 228 47392
FAX: +32 228 49392

[barbara.lochbihler@
europarl.europa.eu](mailto:barbara.lochbihler@europarl.europa.eu)

Büro Berlin

Unter den Linden 50
D-10117 Berlin
+49 171 7470201
+49 30 22773136

[eu-presse-lochbihler@
gruene-europa.de](mailto:eu-presse-lochbihler@gruene-europa.de)

Büro Kaufbeuren

Ludwigstraße 38
D-87600 Kaufbeuren
+49 172 8634544
+49 89 43597907

[wk-lochbihler@
gruene-europa.de](mailto:wk-lochbihler@gruene-europa.de)

Im Internet

www.barbara-lochbihler.de
www.facebook.com/barbara.lochbihler
www.twitter.com/blochbihler

RUNDBRIEF Nummer 4 11. Juni 2013

Themen in dieser Ausgabe

Pussy Riot besucht den Menschenrechtsausschuss
Der Tod kommt aus Ramstein
Frontex auf dem Prüfstand
Innenminister Friedrich und die Fakten
Zollabkommen mit Myanmar: eine Chance vertan
Guantánamo: Kein Ende in Sicht
Im Gespräch mit dem Chinesen Chen Guancheng
Wie unterstützt die EU Menschenrechtsverteidiger?
Mexikanische Menschenrechtsverteidiger zu Besuch
Unhaltbare Zustände in bayerischen Flüchtlingsheimen
„Allgäuerinnen“: Meine erste Lesung in Memmingen
Veranstaltungen
Press Corner

Redaktion

Kim Alisa Kölsch, Raphael Kreusch, Wolf-Dieter Vogel

Liebe Leserin, lieber Leser,

im letzten Moment kam alles anders: Eigentlich wollte ich in diesen Tagen mit meiner GRÜNEN-Parteifreundin Claudia Roth nach Saudi-Arabien reisen. Doch im letzten Moment wurde meine Reise abgesagt, Claudia hatte ohnehin nie ein Visum bekommen. Trotzdem ist natürlich auch in den letzten Wochen in Brüssel und Straßburg viel passiert. Einiges davon könnt ihr, können Sie in meinem neuen Rundbrief nachvollziehen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht,

Barbara Lochbihler



Pussy Riot besucht den Menschenrechtsausschuss

Am 28. Mai nahmen Vertreterinnen der russischen Frauenpunkband Pussy Riot an der Sitzung teil. Die beiden Aktivistinnen sowie die russische Richterin Karrina Maskalenko und der Unternehmer William Browder informierten uns über die sich verschlechternde Situation für Menschenrechtsverteidiger und Kritiker der Regierung von Wladimir Putin.

Maskalenko sprach über den Fall von Michail Chodorkowski, der seit zehn Jahren in Haft sitzt und von Amnesty International als politischer Gefangener anerkannt wurde. Die Gerichtsbarkeit stehe weiterhin unter starkem politischem Druck, erklärte die Juristin. Browder beschäftigte sich in der Anhörung mit dem Fall Sergi Magnitski, der posthum verurteilt wurde. Magnitski wurde vor dreieinhalb Jahren in Polizeihaft offensichtlich umgebracht, weil er die Korruption in der Regierung aufgedeckt hat. Wenn die EU und Russland über die Reisefreiheit russischer Bürger verhandelt, muss zugleich sichergestellt werden, dass in den Magnitski-Fall bzw. andere Menschenrechtsverletzungen involvierte Beamten Reiseeinschränkungen erhalten müssen.



Eines wurde bei den Berichten ganz deutlich: Die Entwicklung in Russland gehört auf die Tagesordnung des EU-Russland-Gipfels. Sie darf nicht in Feigenblattforen wie den europäisch-russischen Menschenrechtsdialog abgeschoben werden. Die EU darf die wachsende Zahl politisch motivierter Verfahren nicht hinnehmen. Die Freilassung der politischen Gefangenen sollte zur Vorbedingung für jede engere Kooperation werden. Europa darf sich nicht scheuen, zivilgesellschaftliches

Engagement weit aktiver als bisher zu unterstützen – mit finanziellen Mitteln, aber auch mit einer europaweiten Übereinkunft zur Anerkennung von Asylgründen für Bürgerrechtsaktivisten.

Der Tod kommt aus Ramstein

Alle Welt diskutiert über Thomas de Maizières fragwürdige Drohnengeschäfte. Das ist gut so, doch in der Debatte um den Verteidigungsminister ist eine andere Nachricht in den letzten Wochen untergegangen: Die US-Armee steuert Drohnen, die über Somalia fliegen, von Stuttgart und Ramstein aus.

Erst kürzlich bestätigte der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Terrorbekämpfung Ben Emmerson im EP-Menschenrechtsausschuss, dass das US-Drohnenprogramm völkerrechtswidrig ist und zahlreiche Zivilisten das Leben kostet. Die USA befinden sich mit Somalia nicht im Krieg. Unter diesen Umständen sind staatliche Tötungen nur dann zulässig, wenn sie nachweislich absolut notwendig sind, um Leben zu retten – und wenn jede andere Alternative ausgeschlossen wurde. Das ist in Somalia ebenso wenig der Fall wie in Pakistan oder im Jemen. Selbst wenn man der absurden Behauptung der USA folgt, man befinde sich in einem weltweiten Krieg gegen terroristische Kräfte, bleiben erhebliche rechtliche Zweifel. Drohnenangriffe sind außergerichtliche Tötungen – und damit ein schwerwiegender Verstoß gegen das internationale Völkerrecht.

Frontex auf dem Prüfstand

Es ist auch weiterhin damit zu rechnen, dass bei Frontex-Einsätzen Menschenrechte verletzt werden. Das war das Resümee der Anhörung des EP-Menschenrechtsausschusses vom 16. Mai, bei der wir uns mit der EU-Grenzagentur beschäftigt haben. Sowohl ein die Behörde beratendes Gremium als auch das neu geschaffene Amt eines Grundrechte-Beauftragten können die strukturellen Probleme von Frontex nicht lösen, da sie über keinerlei Entscheidungsgewalt verfügen. Unklar bleibt auch, wer für die jeweiligen Einsätze vor Ort verantwortlich ist. Hier fehlt es weiterhin an einer gesetzlichen Grundlage auf EU-Ebene, damit Menschenrechtsverletzungen juristisch geahndet werden können.

Auf der Sitzung informierten uns u.a. das Mitglied des Beratergremiums Stefan Kessler vom Jesuiten Flüchtlingsdienst und die Frontex-Grundrechte-Beauftragte Immaculada Arnaez Fernandez über ihre Tätigkeit. Die Einrichtung von Fernandez' Amt ist sicher ein kleiner Fortschritt, aber eine Person alleine ist damit überfordert, den gesamten Apparat und dessen Einsätze an allen EU-Außengrenzen im Blick zu haben. Zudem ist es problematisch, dass die Beauftragung von der Agentur selbst bestimmt wird. Bei der Anhörung ist einmal mehr deutlich geworden, dass wir Abgeordneten einen besseren und regelmäßigen Einblick in die Frontex-Praxis bekommen müssen. Wenn die Agentur Kooperationsabkommen mit Drittstaaten plant, sollte sie uns vorab konsultieren müssen.

Innenminister Friedrich und die Fakten

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich versucht es immer wieder. Als sich seine europäischen Kolleginnen und Kollegen in der ersten Juni-Woche trafen, um ein gemeinsames Asylgesetz zu beraten, forderte der CSU-Politiker im Vorfeld erneut Wiedereinreiseperrn für Bulgaren und

Rumänen, sprich für Roma. Dabei hatte ihm die EU-Kommission wenige Tage zuvor eindeutig zu verstehen gegeben, er solle erst einmal „Zahlen und Fakten“ über die vermeintlich bedrohliche Lage auf den Tisch legen. Aber dies tat der deutsche Innenminister nicht. Gegenüber der Rheinischen Post sprach er nebulös von „konkreten Beispielen“ und malte absurde Schreckensszenarien an die Wand, nach denen „die Sache für unsere Sozialsysteme völlig unbeherrschbar“ würde.

Würde Friedrich tatsächlich „Zahlen und Fakten“ nennen, würden sich seine Äußerungen als das erweisen, was sie tatsächlich sind: Wahlpropaganda, die auf antiziganistische Ressentiments setzt. Denn eine nüchterne Betrachtung der Migration aus dieser Region ergibt ein vollkommen anderes Bild. So teilte das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsförderung (RWI) mit, dass 2011 zwar 147.000 Personen aus den beiden Ländern eingewandert, aber gerade einmal 58.350 geblieben seien. Dies entspreche einem Anteil 0,083 Prozent der Bevölkerung Deutschlands. Das RWI wies zudem darauf hin, dass 80 Prozent der Menschen, die seit Beginn ihrer EU-Mitgliedschaft 2007 aus Rumänien und Bulgarien gekommen sind, erwerbstätig seien. Fast die Hälfte sei beruflich qualifiziert, jeder Fünfte hochqualifiziert. Diese Zahlen sprechen für sich.

Zollabkommen mit Myanmar: eine Chance vertan

Nach 16 Jahren wird Myanmar nun wieder in der EU in das System der Allgemeinen Zollpräferenzen (APS) aufgenommen. Sprich: die Unternehmen des Landes werden beim Export in EU-Mitgliedsstaaten entweder gar keine oder nur sehr geringe Zölle zahlen müssen. Dem hat am 23. Mai die Mehrheit der Abgeordneten im Straßburger Parlament grünes Licht gegeben. Wir Grünen haben dem Antrag nicht zugestimmt, da für die Wiederaufnahme in das APS keine Bedingungen gestellt wurden.

Es wäre sinnvoll gewesen, die Zollpräferenzen zunächst zeitlich begrenzt zu gewähren und genau zu beobachten, wie sich die Menschenrechtssituation im Land entwickelt. Zweifellos hat Myanmar grundlegende Änderungen vollzogen, die wir sehr begrüßen: Die Regierung hat mit den meisten ethnischen Gruppen Waffenstillstände vereinbart, unabhängige Medien zugelassen und die Mehrheit der politischen Gefangenen entlassen. Aber niemand kann garantieren, dass sie diesen Kurs beibehält. Wenn kein Druck mehr besteht, stärkt das die Kräfte, die Fortschritte bei den Menschenrechten nur zugestehen, weil sie eine wirtschaftliche Öffnung brauchen. Diesen Blankoscheck kann ihnen die Kommission nach der Parlamentsentscheidung leider geben.

Guantánamo: Kein Ende in Sicht

Anlässlich eines über drei Monate andauernden Hungerstreiks der Häftlinge des Gefangenenlagers Guantánamo haben wir Abgeordneten am 23. Mai die US-Behörden dazu aufgefordert, das Gefängnis zu schließen und die illegal einsitzenden Häftlinge in ihre Heimat zu überführen. US-Präsident Barack Obama hatte bereits bei seinem Amtsantritt 2009 verkündet, er werde das Lager dicht machen. Doch bis heute ist nichts passiert.

Im Straßburger Plenum konnten sich leider die Konservativen durchsetzen, sodass am Schluss eine sehr handzahme Resolution verabschiedet wurde. Dennoch hat das Parlament auch gefordert, dass die zahlreichen illegal Inhaftierten in ihre Heimatländer überführt werden. Hier trägt Europa

ebenso eine Verantwortung. Die Mitgliedstaaten der EU müssen Bereitschaft zeigen, jene zwölf Gefangenen aufzunehmen, die nicht in ihre Heimat zurück können.

Zudem, und darüber wollte die konservative EVP-Fraktion bezeichnenderweise nicht sprechen, haben einige EU-Staaten selbst noch Rechnungen im so genannten Kampf gegen den Terror offen. Noch immer steht eine nachhaltige juristische Klärung darüber aus, welche Rolle etwa Polen, Bulgarien und Rumänien im CIA-Verschleppungssystem gespielt haben.

Im Gespräch mit dem Chinesen Chen Guancheng

Am 15. Mai traf ich mich mit dem chinesische Menschenrechtler Chen Guangcheng. Der Jurist machte gleich zu Beginn unseres Gesprächs deutlich, was er von der EU erwartet. Die Europäische Union solle zusammen mit China an deren Menschenrechtsgrundlage arbeiten. Auf meine



Nachfrage, ob man bei der neuen Regierungsspitze auf Veränderungen hoffen kann, reagierte er eher verhalten. Es sei noch kein Wandel abzusehen. Seine Hoffnung liege in den Bürgern, die für ihre Rechte kämpfen sollen, und in der Zeit. Sowohl die USA als auch die EU müssten Druck auf die chinesische Regierung ausüben, damit sich die Rechtslage verbessert, forderte er. Sein Besuch, so hoffte Guangcheng, sollte die transatlantischen Beziehungen stärken und eine gemeinsame China-Politik der EU und der USA ermöglichen.

Wie unterstützt die EU Menschenrechtsverteidiger?

Ob im Sudan, in Russland oder Iran - in zahlreichen Ländern werden Menschenrechtsverteidiger verfolgt, schikaniert und ermordet. Am 28. Mai beschäftigten wir uns im Menschenrechtsausschuss mit der Frage, wie die EU diese Personen unterstützt. Konkret wurde die Studie zur Umsetzung der EU-Leitlinien zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern vorgestellt. Karen Bennett, Senior Forschungsstipendiatin für Menschenrechte am Forschungsinstitut für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit der London Metropolitan Universität, hat die Untersuchung bewertet und uns vor allem über den Informationsaustausch sowie Dringlichkeits- und Sicherheitsmaßnahmen informiert.

Unsere Diskussion machte deutlich, dass EU-Vertretungen und Menschenrechtsverteidiger sehr unzureichend miteinander kommunizieren. Oftmals sind die Betroffenen unzureichend über ihre Rechte aufgeklärt und die Diplomaten wissen nicht, wie sie unterstützend vor Ort eingreifen können. Dabei kann die EU mit der sogenannten City-Shelter-Initiative Menschenrechtsverteidigern helfen. Sie muss, wenn nötig, Mittel bereitstellen, damit Bedrohte untergebracht werden können, oder Dringlichkeitsvisa ausstellen, damit die Aktivisten gegebenenfalls ausreisen können.

Mexikanische Menschenrechtsverteidiger zu Besuch

Am 4. Juni traf ich mich mit Vertreterinnen und Vertretern mexikanischer Menschenrechtsorganisationen sowie der Deutsch-Mexikanischen Menschenrechtskoordination, die im Vorfeld des "Universellen Periodischen Überprüfungsverfahrens" des Landes vor dem UN-Menschenrechtsrat im Oktober die kritische Situation in Mexiko beschrieben. Wir sprachen über die Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten, die häufig von Kriminellen entführt oder ausgeraubt werden. Auch das Phänomen der Frauenmorde war ein Thema. In den letzten Jahren wurden einige Gesetze erlassen, um diese schrecklichen Verbrechen zu verhindern. Doch viele der Mechanismen blieben in der Realität nutzlos, weil es am politischen Willen mangelt und die männlichen Täter weiterhin eine weitgehende Immunität genießen.

Unhaltbare Zustände in bayerischen Flüchtlingsheimen

Gemeinsam mit meiner grünen Fraktionsvorsitzenden im Bayerischen Landtag Margarete Bause besuchte ich am 12. Mai Nürnberg und Schwabach. Thematischer Schwerpunkt unseres Besuches waren die Menschenrechte im Allgemeinen und das Recht auf Asyl im Speziellen. Unter anderem trafen wir uns mit Nürnberger Organisationen wie dem Internationalen Frauencafé, Amnesty International, der Beratungsstelle für Opfer des Frauenhandels Jadwiga und das Integrationsprojekt Bleib.

Asylsuchende und Flüchtlinge berichteten uns über die teilweise unhaltbaren Zustände, unter denen sie leben müssen. Offenbar werden manche von ihnen in ehemaligen Landgasthöfen oder Hotels untergebracht. Von baufälligen Gebäuden sowie zunehmender Willkür und stellenweise unbestraftem rassistischem Verhalten der privaten Betreiber war die Rede. Häufig ist es Flüchtlingen nicht erlaubt, ihr Essen selbst zuzubereiten. Für uns entstand der Eindruck, dass sich unrentable Hotelbetriebe in Mittelfranken auf Kosten der Allgemeinheit sanieren.



Angesichts dieser Verhältnisse habe ich Regierungspräsident Dr. Bauer einen Brief geschrieben und ihn gebeten, für Besserung zu sorgen. Ich habe deutlich gemacht, dass die Asylsuchenden genügend Platz brauchen und Geld bekommen müssen, um selbst für ihre Ernährung sorgen zu können. Zudem sollte die Möglichkeit zur Beschwerde bestehen, um Abweichungen möglichst schnell entgegenzutreten und rassistisches Verhalten sanktionieren zu können.

„Allgäuerinnen“: Meine erste Lesung in Memmingen

Das Interesse war überwältigend: Obwohl kurzfristig eingeladen, war der Raum im Memminger Weinhaus zum Löwen dicht besetzt, um an der ersten Lesung des Buches „Allgäuerinnen“ am 4. Mai teilnehmen zu können. An dieser Stelle dafür einen herzlichen Dank an meine grünen Parteifreundinnen und –freunde in Memmingen, die die Veranstaltung organisiert haben!



Lesung mit einer Allgäuerin: Corinna Steiger vom Grünen-Kreisverband Memmingen

Auch für das Allgäu waren Nationalsozialismus und Krieg einschneidende Erfahrungen. Der Historiker Maximilian Strnad hat in meinem Buch die Situation von Mischehen zwischen „Ariern“ und „Nicht-Ariern“ untersucht und ist dabei auf das tragische Schicksal der Familie Guggenheimer aus Memmingen gestoßen. Es wurde ganz still im Raum, als Elisabeth Diefenthaler die Geschichte vorlas und der Leidensweg der Familie deutlich wurde. Die anschließende lebendige Diskussion zeigte, dass es Ansätze einer Erinnerungskultur in der Stadt gibt. Bezeichnend ist aber, dass Initiativen, die an einzelne Opfer der Nazis erinnern, vom Stadtrat und Bürgermeister zurückgewiesen wurden.

Ich hoffe, dass Vorschläge, wie man aus der Geschichte lernen kann, im heutigen Alltagsleben umgesetzt werden. Das betrifft besonders Ereignisse in der eigenen Kommune. Ein Beispiel für eine solche Erinnerungskultur sind Straßennamen oder Stolpersteine, mit denen der Opfer des Naziterrors gedacht wird. Umgekehrt sollte den Tätern keine falsche Ehre erwiesen werden. Aktiver Widerstand ist auch heute im Allgäu gefordert, wo sich Ortsverbände der NPD und rechtsradikale Kameradschaften eingenistet haben. Diesen Rattenfängern müssen wir uns entgegenstellen.

Mehr zu meinem „Allgäuerinnen“-Buch: <http://www.wir-allgaeuerinnen.de>

Und nicht vergessen: Unterstützt unsere Kampagne für eine effektive Exportkontrolle von Überwachungstechnologie!!! <http://www.frieden2punkt0.de/>

Veranstaltungen:

23. Juni 2013: "MIR - Miteinander in der Region" Messerundgang u. Gespräche mit Ausstellern mit Barbara Lochbihler und Theresa Schopper (MdL)
10.00 Uhr, Messe Kaufbeuren

24. Juni 2013: "Verfolgung made in Germany? - Überwachungstechnologie aus Deutschland in der Welt" Expertenpanel mit Diskussion. Moderation Barbara Lochbihler, 19.00 Uhr, München, Hofbräuhaus, Erkerzimmer

22. Juli 2013: "Ein menschliches Europa gestalten - Europäische Flüchtlingspolitik und Menschenrechte" mit Barbara Lochbihler und Tom Koenigs (MdB), 19.00 Uhr, Nürnberg, CVJM, Kornmarkt 6,

Lesereise zum Buch "Allgäuerinnen"

21. Juni 2013: Mit Barbara Lochbihler in Wertingen (weitere Infos auf meiner Webseite), 19 Uhr

23. Juli 2013: Theresa Schopper, MdL und Landesvorsitzende, führt durch den Abend. Mit Elfi Klein, Bundestagskandidatin, und Barbara Lochbihler, MdEP, die aus dem Text „Aus dem Allgäu in die Welt – Ein Gespräch mit den Grünen Politikerinnen Claudia Roth u. Theresa Schopper“ lesen wird. 19 Uhr, Buchloe, Stadthotel, Bahnhofstraße 47

24. Juli 2013: Mit Thomas Gehring, MdL, der aus dem Text „Der weibliche Blick durch die Linse“ lesen wird, und der Hebamme Ingeborg Stadelmann, die aus ihrem eigenen Portrait „Umbruch – Chance – Erfolg“ vorträgt. Barbara Lochbihler, MdEP, berichtet über die Entstehungsgeschichte des Buches. 19 Uhr, Wiggensbach, Keramiktöpferei Speith, Kürnacherstr. 53

25. Juli 2013: Mit Thomas Gehring, MdL, und Barbara Lochbihler, die aus dem Text „Von Einer, die auszog und lernte, der Armut zu entrinnen“ lesen wird. 19 Uhr, Sonthofen, Buchhandlung Greindl, Bahnhofstr. 20

26. Juli 2013: Mit Theresa Schopper, MdL und Landesvorsitzende der Grünen in Bayern, und Barbara Lochbihler, 15 Uhr, Füssen, Lesecafé in der Orangerie, Stadtbibliothek Füssen

26. Juli 2013: mit Theresa Schopper, MdL und Landesvorsitzende, die aus dem Text „Allgäuerinnen auf digitaler Weltreise“ lesen wird, Heidi Sanz, Fotografin aus Obergünzburg, die aus „Der weibliche Blick durch die Linse“ vorträgt. und Barbara Lochbihler. Moderiert wird von Christa Weinbrenner von den Grünen Obergünzburg und den musikalischen Rahmen gestalten „Lieder plus“. 18 Uhr, Schloßmühle Liebenthann, Obergünzburg

Press Corner

Saudi-Arabien lädt Grünen-Chefin Claudia Roth aus, [ein Artikel von Spiegel.de vom 8. Juni 2013](#)

Menschenrechtsreise: Claudia Roth wird die Einreise nach Saudi Arabien verweigert, [ein Artikel auf shortnews.de vom 8. Juni 2013](#)

Saudis sperren Roth aus, [ein Beitrag auf morgenweb.de vom 8. Juni 2013](#)

EU-Innenminister für gemeinsame Asylpolitik, [ein Interview im Deutschlandfunk vom 7. Juni 2013](#)

EU regelt Einführung von Grenzkontrollen neu, [ein Beitrag auf dw.de/Deutsche Welle vom 03. Juni 2013](#)

EU-Kommission will "Zahlen und Fakten" zur Armutsmigration sehen, [ein Artikel des epd vom 27. Mai 2013](#)

„Wirtin reagiert auf Flüchtlings-Vorwürfe“, [ein Artikel aus der Süddeutschen Zeitung vom 25. Mai 2013](#)

Grüne Spitzenfrau attackiert bayerische Asylpolitik, [ein Beitrag auf nordbayern.de vom 14. Mai](#)

Europapolitikerin Barbara Lochbihler liest bei den Memminger Bündnis/Grünen, [ein Artikel in „Die Lokale“ aus Memmingen und Umgebung vom 7. Mai](#)

EU fordert bessere Arbeitsbedingungen in Bangladesh, [Beitrag der Deutschen Welle vom 3. Mai](#)

KiK überrascht, betroffen und erschüttert, [ein Artikel in der Welt vom 2. Mai](#)

Drama in Bangladesch: Kik überrascht, betroffen und erschüttert, [ein Beitrag in der Morgenpost vom 2. Mai](#)

Kleiderproduktion in Bangladesh ist Sklavenarbeit, [Interview im Deutschlandfunk vom 2. Mai 2013](#)

Überwachungssoftware aus Deutschland, [taz vom 30. April 2013](#)

Grüne starten Internetaktion gegen Export von Überwachungssoftware, [computerwoche.de vom 30. April 2013](#)

Grüne starten Internetaktion gegen Export von Überwachungssoftware, [waz vom 30. April 2013](#)

Kampagne für eine effektive Exportkontrolle von Überwachungstechnologie, [netzpolitik.org vom 29. April 2013](#)

Grüne starten Kampagne gegen Export von Überwachungstechnologie, [heise.de vom 29. April 2013](#)